

Was die Regierung vorerst auslagert

Mindestlohn

Bei manchen Themen setzt die Regierung weiter auf die Sozialpartner – aber zugleich Ultimaten. Bis Ende Juni sollen sie einen Stufenplan vorlegen, wie ein genereller Mindestlohn von 1500 Euro brutto zu erreichen ist. Sollte es bis dahin keine Einigung geben, „wird die Regierung im 3. Quartal einen eigenen Vorschlag beschließen“ – spricht: die Einführung eines Mindestlohns per Gesetz, ein Punkt, der dem Kanzler besonders wichtig war.

Arbeitszeit

Auch was die Flexibilisierung der Arbeitszeit betrifft – ein Punkt, der schon im 2013er-Koalitionsvertrag steht –, gibt die Regierung den Sozialpartnern noch bis Ende Juni Zeit. Sollten sie bis dahin keine Lösung finden, die Arbeitgebern und Arbeitnehmern dient, „wird die Bundesregierung im 3. Quartal 2017 einen eigenen Vorschlag beschließen“, heißt es auch hier.

Gesundheit

Kürzere Wartezeiten sollen für CT- und MRT-Untersuchungen erzielt, mehr Psychotherapie auf Krankenschein angeboten werden. Zu erstgenanntem Problem fordert die Regierung von der Sozialversicherung und der Wirtschaftskammer bis Ende März eine Lösung. Was die Psychotherapie betrifft, sollen die Sozialversicherungsträger und der Hauptverband bis Ende Juni ein Konzept vorlegen, wie das kostenlose Angebot um 25 Prozent erhöht werden kann.

Pensionen

An eine Arbeitsgruppe ausgelagert wird das Thema Pensionen, genauer: „die Angleichung der Pensionssysteme“. Hier ist aber nur vermerkt, dass sich die Gruppe aus Vertretern des Bundes und der Länder zusammensetzen und im April mit ihrer Arbeit starten soll. Mit Ausnahme der Landesbediensteten sind die Pensionssysteme unterdessen weitgehend harmonisiert. Offenbar geht es darum, besonders zögerlichen Ländern (Wien, Kärnten) Beine zu machen. i.b.

Auf die EU wird in zwei Fragen Druck gemacht

WIEN. Den ablehnenden Signalen aus der EU-Kommission zum Trotz will die Regierung bei zwei Themen nicht lockerlassen: Sie will die Arbeitsmigration aus Niedriglohnländern und die ins EU-Ausland überwiesene Familienbeihilfe reduzieren. Offene Stellen sollen nur noch dann ohne Einschränkungen vergeben werden, wenn sich kein „geeigneter in Österreich gemeldeter Arbeitsloser“ findet, die „exportierte Familienbeihilfe soll indexiert“ werden. Bis März werden der Kommission entsprechende Vorschläge gemacht. i.b.

Freude und Fragezeichen

Was in dem neuen Arbeitsprogramm der Koalition steht. Woher die vier Milliarden Euro dafür kommen sollen. Und was Experten zu den einzelnen Vorhaben sagen.

INGE BALDINGER
ALEXANDER PURGER

WIEN. „Vor dieser Bundesregierung liegen 18 Monate der Arbeit für unser Land und seine Menschen.“ So beginnt der neue Pakt der Koalition. Hier die wichtigsten Punkte:

1. Die Universitäten sind begeistert

„Die Hochschulen in Richtung Weltspitze entwickeln“ ist eines der Ziele des Programms. Die dazu vorgesehenen Schritte stoßen bei den **Universitäten** auf helle Begeisterung. „Das ist ein Befreiungsschlag und eine echte Sensation, anders kann ich das nicht sagen“, erklärt der Vorsitzende der **Universitätenkonferenz**, **Rektor** Oliver Vitouch, erfreut. „In dem Programm ist alles enthalten, was die Universitäten seit Jahren fordern.“

Noch heuer soll ein Modell der Studienplatzfinanzierung beschlossen werden und ab 2019 gel-



Rektorenchef
Oliver Vitouch.

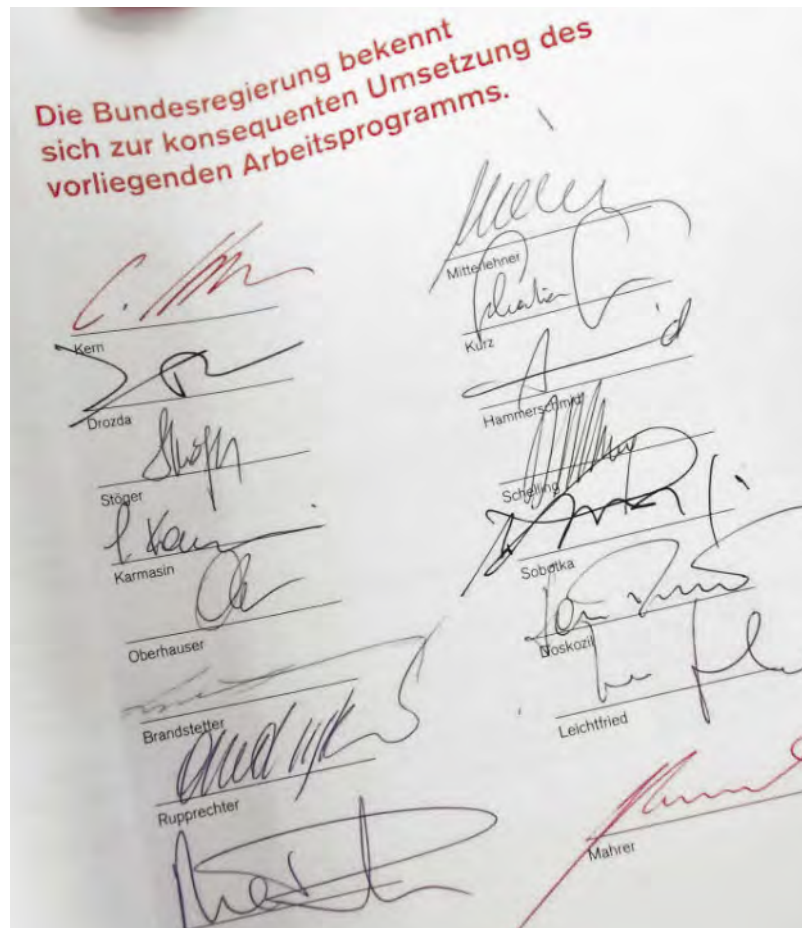
BILD: SN/APA/GERT EGGENBERGER

ten. Damit will die Regierung die Studentenzahlen und die Kapazitäten der Unis in Einklang bringen. Laut Rektor Vitouch werden dazu in den Jahren 2019 bis 2021 in einem ersten Schritt 500 Millionen Euro notwendig sein. Damit kann neues wissenschaftliches Personal eingestellt und dadurch das Betreuungsverhältnis verbessert werden. Nur in Fächern, in denen das nicht gelingt, soll mit limitierenden Aufnahmeverfahren operiert werden.

Für sehr positiv hält Vitouch das Bekenntnis der Regierung zu einer besseren sozialen Durchmischung an den Unis. Der freie Hochschulzugang habe dies allein nicht leisten können. Daher müsse es aktive Programme geben, um Kindern aus nicht akademischen Familien die Schwellenangst vor der Uni zu nehmen und Studienabbrüche aus sozialen Gründen zu verhindern.

2. Die Finanzierung ist fraglich

Vieles wird in dem 35-seitigen Pakt in Aussicht gestellt. Und vieles davon wird viel Geld kosten. Zur Finanzierung findet man reichlich wenig – exakt sind es fünf Zeilen. Darin werden die Kosten des Pakets mit vier Milliarden Euro beziffert. 2,8 Mrd. Euro sollen durch Einsparungen verdient werden, die Schlagworte dazu lauten wieder einmal Verwaltungseffizienz und



Der neue Pakt trägt die Unterschriften aller Minister.

BILD: SN/APA/HELMUT FOHRINGER

Förderungseffizienz. Der Selbstfinanzierungsgrad durch – erhoffte – Konjunktur- und Beschäftigungseffekte wird mit 1,2 Mrd. Euro beziffert. Experten macht diese Rechnung argwöhnisch. Hanno Lorenz von der Agenda Austria etwa erinnert daran, dass bereits die Steuerreform (zu 1,1 Mrd. Euro) über Reformen der Verwaltung und der Förderungen finanziert werden sollte, die dann nicht zu erkennen waren. Dass es sich trotzdem ausgegangen ist, lag aus seiner Sicht vor allem an der geringen Inflation – die nun aber deutlich steigen werde.

3. Geplantes Aus für die kalte Progression

Eine Milliarde Euro pro Jahr wird die geplante Abschaffung der kalten Progression kosten – gelten soll sie allerdings erst ab 2019. Ab dann sollen ab einer kumulierten Inflation von fünf Prozent die untersten zwei Steuerstufen (derzeit 11.000 Euro und 18.000 Euro) automatisch steigen, womit laut Regierung 80 Prozent der kalten Progression ausgeglichen wären. Über die Verteilung der restlichen 20 Prozent entscheidet die Politik. Die Abschaffung der kalten Progression war der ÖVP ein großes Anliegen, es findet sich aber auch deutlich die Handschrift der SPÖ. Dass nur die untersten zwei Steuerstufen indexiert werden, entlastet zwar alle Steuerzahler, am spürbarsten aber Wenigverdiener.

Dénes Kucsera von der Agenda

Austria nennt es einen Fortschritt, dass die versteckte Steuererhöhung ab 2019 abgemildert werden soll. Allerdings werde die jüngste Steuerreform schon jetzt durch die kalte Progression aufgeessen. Bis Ende 2018 komme der Finanzminister so zu mindestens 770 Mill. Euro mehr an Einnahmen aus der Lohnsteuer als dem, was aufgrund der geltenden Steuersätze gedacht wäre. Modelle, wie die kalte Progression ganz abgeschafft werden könnte, gäbe es: „Die Regierung bräuchte nur in die Schweiz oder nach Schweden zu schauen“, sagt Kucsera.

4. Mehr Chancen für Ältere durch weniger Schutz

Schon im Sommer soll eine Lockerung des Kündigungsschutzes für neu angestellte über 50-jährige in Kraft treten. Derzeit ist es laut Arbeitsverfassungsrecht so: Stellen Betriebe Personen ein, die das 50. Lebensjahr schon überschritten haben, können sie sich frühestens



Arbeitsrechtler
Wolfgang Mazal.

BILD: SN/PRIVAT

nach zwei Jahren wieder von ihnen trennen. Folge: Die Scheu der Unternehmen, Älteren überhaupt eine Chance zu geben, ist groß. Nun soll die Behaltfrist und damit eine Anstellungshürde für über 50-jährige

fallen. Arbeitsrechtler Wolfgang Mazal sieht das durchaus positiv: „Das kann ein bisschen was an der Furchtlage der Unternehmen ändern.“ Große Effekte erwartet er sich dadurch allerdings nicht.

5. Beschäftigungsbonus soll Arbeitskosten senken

Größere Effekte verspricht der Beschäftigungsbonus. Unternehmen, die neue Arbeitsplätze schaffen, sollen drei Jahre 50 Prozent der dadurch entstehenden Lohnnebenkosten zurückerstattet bekommen, sofern es sich um Jobs handelt, die im Inland ausgeübt werden. Margit Schratzenstaller vom Wifo begrüßt, dass der Beschäftigungsbonus schon ab 1. Juli gelten soll. Wegen der noch spärlichen Informationen sei es allerdings kaum möglich, die Auswirkungen einzuschätzen – weder auf die Beschäftigung noch auf das Entlastungsvolumen. Es werde davon abhängen, welche Lohnnebenkosten gesenkt würden, sagt Schratzenstaller: Die Arbeitgeberbeiträge zu den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung, wenn ja, welche? Die Kommunalsteuer? Der Beitrag zum Familienlastenausgleichsfonds oder der Wohnbauför-



Wifo-Expertin
Margit Schratzenstaller.

BILD: SN/WIFO

derungsbeitrag? Oder alles zusammen? Für die Wifo-Expertin wirkt das bisher vorliegende Modell „auf den ersten Blick administrativ recht aufwendig“. Denn die Unternehmen müssten die Zahl der neu geschaffenen Jobs in Vollzeitäquivalenten nachweisen, dann bekommen sie 50 Prozent der bezahlten Lohnsteuer zurück.

6. Gratis-Laptops für Schüler und Lehrer

Unter dem Titel „Schule 4.0“ sieht das Paket vor, dass die Schüler der fünften und der neunten Schulstufe sowie auch die Lehrer schrittweise mit Gratis-Computern (Laptops oder Tablets) ausgestattet werden sollen. Die Finanzierung ist noch offen. Die Regierung hofft auf eine private Mitfinanzierung oder eine Kooperation mit der Industrie.

Bemerkenswert ist, dass SPÖ und ÖVP im Schulkapitel zwei Streitthemen durch Nichterwähnung beseitigt haben: Weder Modellregionen für die Gesamtschule noch die Umstellung der Schulfinanzierung nach einem Sozialindex (beides Forderungen der SPÖ) kommen in dem Papier vor.